

Pflanzenschutz: Bio ist nicht die Lösung

Gastkommentar
von MATIJA NUIC

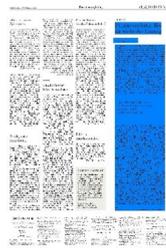
Die Schwierigkeit einer sachlichen Diskussion über den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln zeigt sich schon bei den Begriffen: Chemisch, synthetisch und natürlich erzeugte Pflanzenschutzmittel werden oft alle als gleichermassen schädliche Pestizide verurteilt und in ein und denselben Topf geworfen. Ein Problem, das die Urheber der Trinkwasser-Initiative wohl zu spät bemerkt haben. Ihre Initiative ist so rigoros, dass sie sogar den biologischen Anbau verunmöglicht, weil auch dort zur Bekämpfung von Schädlingen und Krankheiten Pflanzenschutzmittel eingesetzt werden. Ohne diese aber wäre die kommerzielle Produktion auch im biologischen Gemüseanbau schlicht nicht möglich.

Es versteht sich also von selbst, dass der Verband der Schweizer Gemüseproduzenten (VSGP) die Trinkwasser- und die Anti-Pflanzenschutz-Initiative ablehnt. Gleichzeitig tritt der Verband aber dafür ein, dass Gemüsebranche und Landwirtschaft sich punkto Umgang mit Pflanzenschutzmitteln weiterentwickeln. Das Ziel ist klar: Das Risiko, das Pflanzenschutzmittel für die Umwelt sein können, muss weiter minimiert werden, ohne die Pflanzenschutzmittel zu verbieten. Denn ein Verbot würde das Ende der kommerziellen Produktion bedeuten, und das wollen wir verhindern. Wie aber soll das möglich sein? Die Vorschläge, die Urs Gantner, Präsident von Bioterra, in seinem Gastkommentar (NZZ 12. 9. 18) gemacht hat, gehen aus Sicht des VSGP in die falsche Richtung. Dass er das Direktzahlungssystem zugunsten der Biobauern ändern möchte, ist

Ein Verbot würde das Ende
der kommerziellen Produktion
bedeuten, und das
wollen wir verhindern.

aus seiner Perspektive nachvollziehbar. Was er dabei aber vergisst: Direktzahlungen machen bei den Gemüseproduzenten relativ wenig aus. Die meisten würde man mit dieser Massnahme gar nicht erreichen. Zudem ist die Stärkung des Bioangebots nur dann sinnvoll, wenn die Konsumenten dieses auch nutzen. Aber nicht alle wollen Bio: Im Detailhandel machen Biogemüse 23 Prozent des

Neue Zürcher Zeitung



Neue Zürcher Zeitung
8021 Zürich
044/ 258 11 11
<https://www.nzz.ch/>

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 104'397
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Seite: 11
Fläche: 30'794 mm²

Auftrag: 1008268
Themen-Nr.: 541.003

Referenz: 71494679
Ausschnitt Seite: 2/2

Umsatzes aus. Der Anteil an der Produktion beträgt 10 Prozent. Auch eine Lenkungsabgabe auf Pflanzenschutzmitteln wäre falsch; ihre Wirkung wäre sogar kontraproduktiv. Denn eine Lenkungsabgabe verteuert die Produktion. Die Preise für das einheimische Gemüse würden folglich steigen, was dazu führen würde, dass Konsumenten weniger einheimisches Gemüse kauften. Gewisse Gemüsesorten würden in der Schweiz gar nicht mehr angebaut, da sich die Produktion wegen des höheren Aufwands nicht mehr lohnen würde. Der Import nähme zu, denn statt teures einheimisches Gemüse würde vermehrt günstigeres ausländisches Gemüse gekauft. Die Problematik würde also letztlich ins Ausland verlagert. Dies kann aber nicht die Lösung sein. Und würde man den Import von Gemüse, das mit Pflanzenschutzmitteln produziert wurde, verbieten – wie es die Initiative «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide» vorsieht –, nähme das Gemüseangebot in der Schweiz sogar drastisch ab; zunehmen würde hingegen der Einkaufstourismus.

Wie aber kann der Umgang mit Pflanzenschutzmitteln verbessert werden, ohne dass die einheimische Produktion ökonomisch unattraktiv wird? Der VS GP schlägt folgende Massnahmen vor: Erstens unterstützen wir den Aktionsplan des Bundes und setzen uns dafür ein, dass dieser praxisnah umgesetzt wird. Zweitens braucht es Innovationen wie den kürzlich vorgestellten Pflanzenschutzroboter, mit dem sich in einzelnen Kulturen bis zu 70 Prozent Pflanzenschutzmittel einsparen lassen, da der Roboter sehr zielgenau sprüht. Drittens sind wir daran, die Aus- und Weiterbildung der Produzentinnen und Produzenten im Bereich Pflanzenschutzmittel laufend zu verbessern. Viertens muss die Forschung intensiviert werden, da die vorhandenen wissenschaftlichen Grundlagen noch ungenügend sind. Mit gezielter und praxisnaher Forschung können weitere Massnahmen entwickelt werden, die Ökologie und Ökonomie nicht gegeneinander ausspielen. Fünftens müssen wir die Konsumenten noch besser informieren, damit sie wissen, was es alles braucht, um gesundes Gemüse aus der Region zu produzieren.

—
Matija Nuic ist Direktor des Verbands Schweizer Gemüseproduzenten.